

Friedrich Schmitt

Die Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten



Nomos

**Materialien zur rechtswissenschaftlichen
Medien- und Informationsforschung**

Herausgegeben von
Prof. Dr. Martin Eifert
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem
Prof. Dr. Jens-Peter Schneider

Band 83

Friedrich Schmitt

Die Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten



Nomos

Die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels wurde durch die Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen ermöglicht.

Dekanin: Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies
Erstgutachter: Prof. Dr. Friedrich Schoch
Zweitgutachter: Prof. Dr. Johannes Masing
Tag der mündlichen Prüfung: 15. November 2022
Dissertationsort: Freiburg im Breisgau
Erscheinungsjahr: 2023

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2022

1. Auflage 2023

© Friedrich Schmitt

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1107-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-4227-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748942276>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist seit geraumer Zeit Gegenstand gesellschaftspolitischer Debatten. Ziel der vorliegenden Arbeit ist, dieses Thema rechtswissenschaftlich zu erschließen. Die Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Gesetzgebung und Literatur befinden sich auf dem Stand Februar 2023; der voraussichtlich am 1. Juli 2023 in Kraft tretende Dritte Medienänderungsstaatsvertrag konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Friedrich Schoch, für die stets zugewandte Betreuung meiner Promotion und die ebenso schöne wie lehrreiche Zeit als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Herrn Richter am BVerfG a. D. Professor Dr. Dr. h. c. Johannes Masing danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Für die wertvollen Anregungen aus der Praxis gebührt Herrn Dr. Hermann Eicher Dank. Stellvertretend für die Herausgeber danke ich Herrn Professor Dr. Jens-Peter Schneider für die freundliche Aufnahme dieser Arbeit in die von ihm mitverantwortete Schriftenreihe.

Für die jahrelange Förderung während des Studiums und anschließend der Promotion danke ich der Studienstiftung des deutschen Volkes, die meinen Werdegang mit Vertrauen begleitet hat. Dem Niedersachsen-Konsortium danke ich für die großzügige Finanzierung der Drucklegung.

Ohne persönlichen Rückhalt wäre diese Arbeit schließlich nie entstanden. Zwar kann ich meinem Dank dafür mit wenigen Worten kaum Ausdruck verleihen, besonders erwähnen möchte ich aber: Jakob Bach, Alexander Beyer, Anne Homeier, Malte Stedtnitz und Malte Zopfs. Nichts anderes gilt für meine Familie, meine Eltern Barbara und Paul, meine Schwester Susanna, und meine beiden Tanten Angela und Susanna.

Für so Vieles, im Grunde genommen für alles danke ich Theresa. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im Februar 2023

Friedrich Schmitt

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einführung	33
§ 1 Hintergrund: Transparenz im gesellschaftspolitischen Kontext	33
A. Konjunktur der Transparenz-Gesetzgebung	33
B. Ambivalenz der Transparenz	36
C. Transparenzdebatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	36
§ 2 Ausgangspunkt: Transparenz als Aspekt der Akzeptanz, Kontrolle und Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	41
A. Instrumentelles Verständnis der Transparenz	41
B. Voraussetzungen und Grenzen des Mittels Transparenz	43
C. Potenziale der Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	44
I. Gesellschaftliche Perspektive	45
II. Senderperspektive	46
III. Perspektive der Untersuchung	47
§ 3 Forschungsinteresse: Transparenz als (Rechts-)Begriff	51
A. Begriff der Transparenz	52
I. Transparenz als Vorgang des Abbaus von Informationsasymmetrien	53
1. Prämisse: Existenz einer Informationsasymmetrie	53
2. Transparenz als (Kommunikations-)Vorgang	54
3. Berücksichtigung der Adressatenperspektive	55
II. Abgrenzung und Gegenbegriff	56
III. Ergebnis: Spezifisches Forschungsinteresse der Untersuchung	56

B. Facetten der Transparenz	57
I. Faktische Relationen	57
1. Mögliche Wirkrichtungen der Transparenz	58
2. Ergebnistransparenz und Verfahrenstransparenz	58
3. Zeitliche Dimension der Transparenz	59
4. Qualitative Dimension der Transparenz	59
5. Gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Kontext	60
II. Rechtliche Relativierungen	60
C. Grenzen des Forschungsinteresses	62
D. Gang der Untersuchung	63
Teil 1: Objektiv-rechtliche Transparenz der Rundfunkanstalten	65
§ 4 Fokus: Gremien, Programmgestaltung und Finanzen sowie Geschäftsführung	65
A. Transparenz der Gremien	66
B. Transparenz der Programmgestaltung	67
C. Finanzielle Transparenz und Transparenz der Geschäftsführung	68
§ 5 Transparenz der Rundfunkgremien	71
A. Binnenstruktur öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	71
I. Rundfunkrat als kollegiales Hauptorgan	72
II. Verwaltungsrat als internes Geschäftsführungsaufsichtsorgan	76
III. Intendant als monokratisches Exekutivorgan	78
IV. Terminologie: „Aufsicht“, „Kontrolle“ und „Überwachung“	80
B. Verfassungsrechtliche Determinanten	82
I. Interne Transparenz im Kontext der binnenpluralistischen Rundfunkaufsicht	82
1. Rundfunkfreiheit als Organisationsproblem	83
2. Gremien als Sachwalter der Allgemeinheit und Garanten medialer Vielfaltsicherung	85

3. Effektiver und unabhängiger Einfluss auf die Erfüllung des Rundfunkauftrags	87
4. Information als Funktionsbedingung effektiver und unabhängiger Gremienaufsicht	88
a) Parallele zum parlamentarischen Informationsrecht	89
b) Fremdinformation und Selbstinformation	90
c) Grenzen der gremienspezifischen Informationsrechte	91
II. Mindestmaß externer Gremientransparenz	92
1. Grundrechtliche Fundierung mit demokratiethoretischen Elementen	93
a) Staats- und Gruppenferne des Rundfunks	93
b) „Art der Aufgabe“ der Gremien	95
c) Aktivierung der Öffentlichkeit als Ergänzung zur internen Rundfunkaufsicht	96
2. Kompetenzgerechter Maßstab externer Gremientransparenz	97
3. Verfassungsrechtliches „Mindestmaß“ und seine Grenzen	100
III. Fazit: Interdependenz zwischen interner und externer Transparenz	101
C. Interne Transparenz: Fremd- und Selbstinformationsrechte der Gremien	102
I. Informationsrechte des Rundfunkrats	103
1. Auskunfts- und Einsichtsrecht	103
2. Zitier- und Fragerecht	104
3. Externer Sachverstand	107
II. Informationsrechte des Verwaltungsrats	108
1. Auskunfts-, Einsichts- und Untersuchungsrecht	108
2. Zitier- und Fragerecht	109
3. Externer Sachverstand	110
III. Informationsrechte als wehrfähige Organrechte	111
IV. Fazit: Entwicklungsrückstand des Rundfunkrechts	113
D. Externe Gremientransparenz	115
I. Rundfunkrat	115
1. Zusammensetzung	115

2. Sitzungen	116
a) Tagesordnungen	116
b) Sitzungsöffentlichkeit	117
i. Regel-Ausnahme-Verhältnis	118
ii. Sitzungsöffentlichkeit als Medienöffentlichkeit	119
iii. Echtzeitübertragungen im Internet	120
c) Beratungsgrundlagen	122
d) Sitzungsdokumentation	123
3. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder	126
4. Ausschüsse	126
II. Verwaltungsrat	129
1. Zusammensetzung	129
2. Sitzungen	129
3. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder	131
4. Ausschüsse	131
III. Gerichtliche Durchsetzbarkeit objektiver Transparenzpflichten	132
1. Objektive Transparenzpflichten als wehrfähige Organrechte	133
2. Objektive Transparenzpflichten als subjektiv- öffentliche Rechte	135
IV. Fazit: Gesetzliches „Mindest-Mindestmaß“ externer Gremientransparenz	137
E. Spielräume für autonome Initiativen	139
I. Selbstverwaltungsrecht öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	139
II. Reichweite des parlamentsgesetzlichen Ausgestaltungsvorbehalts	142
1. Parlamentsgesetzlicher Ausgestaltungsvorbehalt, oder: „positive Ordnung“	143
2. Externe Gremientransparenz als Gegenstand der positiven Ordnung	145
3. Ergebnis: Parlamentsgesetzlicher Ausgestaltungsvorbehalt für Grundsatzentscheidungen zum Umfang externer Transparenz	148

III. Verbleibende Spielräume für untergesetzliche Transparenzpflichten	149
F. Informelle Strukturen („Freundeskreise“)	151
I. Ursachen für die Bildung der Freundeskreise	151
II. Funktion und Bedeutung der Freundeskreise	152
III. Freundeskreise als blinder Fleck	154
G. Bewertung: Mindestmaß externer Transparenz anstelle gesellschaftlicher Teilhabe	156
§ 6 Transparenz der Programmgestaltung	159
A. Verfassungsrechtliche Determinanten	159
I. Verfassungsrechtliche Vertraulichkeitsgewähr redaktioneller Programmgestaltung	160
1. Informantenschutz	161
2. Redaktionsgeheimnis	163
3. Schranken der verfassungsrechtlichen Vertraulichkeitsgewähr	165
a) Anforderungen an die Beschränkung von Informantenschutz und Redaktionsgeheimnis	166
b) (Un-)Zulässigkeit externer Transparenzpflichten	167
c) Ergebnis: Grenzen für die externe Transparenz der Programmgestaltung	168
II. Relativierung: Analogie zum „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“	168
1. Die Figur des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung	169
2. Impulse für die verfassungsrechtliche Vertraulichkeitsgewähr der redaktionellen Programmgestaltung	172
a) Redaktionsgeheimnis	173
b) Informantenschutz	176
III. Fazit: Wenig Raum für den Erlass externer Transparenzpflichten	178
B. Transparenz der internen Programmaufsicht	179
I. Keine Programmgestaltungscompetenz des Rundfunkrats	179

II. Programmbezogene Kompetenzen des Rundfunkrats	181
1. Programmberatung	182
2. Festlegung der Programmrichtlinien	182
3. Programmüberwachung und -kontrolle	183
4. Behandlung der Programmbeschwerden	186
III. Transparenz des Rundfunkrats im Bereich programmbezogener Kompetenzausübung	188
C. Verfahrenstransparenz des Drei-Stufen-Tests zur Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Telemedienauftrags	189
I. Struktur des Drei-Stufen-Tests	190
II. Beihilferechtlicher Hintergrund	192
III. Unionsrechtliche Transparenz-Vorgaben für die Bestimmung des öffentlich-rechtlichen Telemedienauftrags	195
IV. Unabhängige Sachverhaltsaufklärung	197
1. Stellungnahmen Dritter, § 32 Abs. 5 S. 1, 2 MStV	198
2. Obligatorisches Gutachten zu marktrelevanten Auswirkungen, § 32 Abs. 5 S. 4 Hs. 2 MStV	199
3. Fakultative Gutachten	199
4. Sonstige Möglichkeiten der Sachverhaltsaufklärung	200
V. Verfahrenstransparenz	200
1. Stellungnahmen Dritter, § 32 Abs. 5 S. 1, 2 MStV	201
2. Obligatorisches und fakultative Gutachten, § 32 Abs. 6 S. 4 MStV	202
3. Verfahrensabschluss: Prüfungsergebnis und Angebotsbeschreibung	204
4. Transparenz der Rundfunkratssitzungen bei der Wahrnehmung der Aufgaben gem. § 32 MStV	205
VI. Fazit: Ungenutzte Potenziale	206
D. Programmbezogene Veröffentlichungs- und Berichtspflichten	209
I. Prozedurale Auftragskonkretisierung gem. § 31 Abs. 1, 2 MStV	210
1. Anwendungsbereich	210
2. Verfahrensstruktur und -konzept	211

3. Inhaltliche Anforderungen an den Bericht gem. § 31 Abs. 2 MStV	212
II. Aufgabenplanung der DW	213
III. Produzentenbericht gem. § 31 Abs. 3 MStV	215
IV. Programmbeschwerden	216
V. Kooperationen	217
E. Bewertung: Transparenz der Programmgestaltung zwischen interner Programmkontrolle, prozeduralen Verfahrenskonzepten und rechtspolitischen Perspektiven	218
§ 7 Finanzielle Transparenz und Transparenz der Geschäftsführung	221
A. Unionsrechtliche Einwirkungen	223
I. Beihilferechtliche Transparenzpflichten	223
1. Getrennte Buchführung – Umsetzung der Transparenzrichtlinie	225
a) Anwendbarkeit der Transparenzrichtlinie	226
b) Anforderungen an die Buchführung der Rundfunkanstalten	227
c) Ergebnis: Transparenz allein gegenüber der Europäischen Kommission	228
2. Finanzierungs- und Beteiligungskontrolle	229
3. Sportübertragungsrechte und sonstige ausschließliche „Premiumrechte“	230
II. Vergaberechtliches Transparenzgebot	231
1. Anwendungsbereich des Kartellvergaberichts	232
2. Staatliche Finanzierung der Rundfunkanstalten	232
3. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als öffentliche Auftraggeber	233
4. Konsequenz: Geltung des vergaberechtlichen Transparenzgebots	234
III. Fazit: Transparenz im Zeichen des europäischen Binnenmarktes	236
B. Verfassungsrechtliche Determinanten	237
I. Finanzverfassungsrechtliche Zulässigkeitsanforderungen an Vorzugslasten	238

II. Rundfunkverfassungsrecht: Prozeduralisierung der Rundfunkfinanzierung	241
1. Ausgangspunkt: Rundfunkfinanzierung als strukturelles Dilemma	242
2. Lösung: Grundrechtsschutz durch Verfahren	244
3. Fazit: Transparenz als Mittel zur Disziplinierung staatlicher Machtentfaltung	246
III. Handlungs-, Organisations- und Finanzierungsformunabhängigkeit binnenpluralistischer Aufsichts- und Informationsrechte	247
1. Modellkonsistenz: Umfassender Gremieneinfluss auf die Erfüllung des Rundfunkauftrags	250
2. Informationsrechte als Voraussetzung binnenpluralistischer Gremienaufsicht	252
3. Fazit: Keine Flucht ins Privatrecht	253
IV. Insbesondere: Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Offenlegung von individuellen Vergütungen und Honoraren	255
1. Vorrang öffentlicher Informationsinteressen bei herausgehobenen Funktionsträgern der mittelbaren Staatsverwaltung	257
2. Geltung der verfassungsgerichtlichen Leitgedanken für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	259
3. Unionsrechtliche und konventionsrechtliche Grenzen	260
V. Rundfunkverfassungsrechtliche Grenzen der finanziellen Transparenz und Transparenz der Geschäftsführung	262
1. Grundsatz: Verfassungsrechtliche Vertraulichkeitsgewähr redaktioneller Programmgestaltung	263
2. Zeitliche Dimension: Zulässigkeit retrospektiver Transparenz	263
3. Objektive Wirkungen der Programmautonomie	264
4. Konsequenzen der institutionellen Finanzierungsgarantie	265

C. Transparenz der Finanzbedarfsermittlung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten – KEF	266
I. Vorlagepflichten der Rundfunkanstalten und Ermittlungsbefugnisse der KEF	269
II. Inter-Akteur-Transparenz	271
III. Externe Transparenz: Berichtspflicht der KEF	273
IV. Fazit: Wesentlicher Beitrag zur Transparenz der Sender mit Defiziten im Detail	275
D. Transparenz der internen Geschäftsführungsaufsicht – Rundfunkrat und Verwaltungsrat	276
I. Rundfunkrat	278
1. Kompetenzen im finanziellen und geschäftlichen Bereich	278
2. Interne Transparenz	282
3. Externe Transparenz	284
II. Verwaltungsrat	285
1. Kompetenzen im finanziellen und geschäftlichen Bereich	285
2. Interne Transparenz	289
3. Externe Transparenz	290
III. Fazit: Abbau interner Informationsasymmetrien unter Ausschluss der Öffentlichkeit	290
E. Transparenz der externen Finanzkontrolle – (Landes-)Rechnungshöfe	291
I. Rechnungshofprüfung der Rundfunkanstalten einschließlich ihrer kommerziellen Tätigkeiten	294
1. Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte der Rechnungshöfe	297
2. Inter-Akteur-Transparenz	300
3. Externe Transparenz: Veröffentlichung des Prüfberichts	304
II. Rechnungshofprüfung der Beteiligungsunternehmen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie ihrer kommerziellen Tätigkeiten	306
III. Fazit: Transparenz der externen Finanzkontrolle als Korrelat autonomer Haushalts- und Wirtschaftsführung	309

F. Veröffentlichungs- und Berichtspflichten	310
I. Finanzielles und geschäftliches Gebaren	311
II. Bezüge, Honorare und Leistungen sowie Tarifstrukturen	313
1. Rundfunkrechtliche Veröffentlichungspflichten	314
a) Veröffentlichungspflichten der Rundfunkanstalten	314
b) Veröffentlichungspflichten der Tochter- und Beteiligungsunternehmen	316
2. Haushaltsrechtliche und sonstige landesrechtliche Veröffentlichungspflichten	317
III. Unternehmensbeteiligungen	319
G. Bewertung: Unionsrecht als Katalysator nationaler Entwicklungen	320
§ 8 Transparenz der Rundfunkanstalten in weiteren Bereichen	325
A. Satzungen, Geschäftsordnungen und Richtlinien	325
B. Personalauswahl	327
C. Rundfunkdatenschutzaufsicht	329
§ 9 Synthese	333
A. Die <i>normative</i> Steuerung des Abbaus von Informationsasymmetrien: Potenziale und Limitierungen	333
I. Transparenz im Kontext verfahrensrechtlichen Denkens	333
II. Gremientransparenz als „Schlüssel“ zur Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	338
III. Grenzen normativer Steuerung	340
B. Die <i>institutionelle</i> Dimension: Professionalisierung der internen Rundfunkaufsicht	340
C. <i>Kulturelle</i> Faktoren: Selbstverständnis, Mentalität und Initiative als Vorbedingungen der Transparenz	343

Teil 2: Subjektiv-rechtliche Transparenzverpflichtung der Rundfunkanstalten	345
§ 10 Fokus: Informationsfreiheitsrecht	345
A. Funktionen der Informationsfreiheit	347
B. Informationsfreiheit als rechtspolitische Entscheidung	348
C. Gemeinsame Grundstruktur der Informationsfreiheitsgesetze	350
§ 11 Der individuelle Informationszugang bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach Informationsfreiheitsrecht	353
A. Ausgangspunkt: Rundfunkanstalten als Subjekte der mittelbaren Staatsverwaltung	356
I. Herrschende Lehre: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk „zwischen Staat und Gesellschaft“	358
1. „Staatsfreiheit“ der öffentlichen Meinungsbildung	358
2. „Staatsferne“ des (öffentlich-rechtlichen) Rundfunks	359
3. Opposition zwischen der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und der Ausübung grundrechtlicher Freiheit	360
4. Ergebnis: Rundfunkanstalten „zwischen Staat und Gesellschaft“	361
II. Unionsrechtliche Perspektive	362
III. Verfassungsrechtliche Einordnung	363
1. Rechtsprechung des BVerfG	364
a) Ambivalenz: Rundfunk zwischen „staatlicher Aufgabe“ und „Staatsfreiheit“	364
b) Konsolidierung: Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als „Subjekte der mittelbaren Staatsverwaltung“	367
2. „Staatsferne“ des Rundfunks	368
a) „Staatsferne“ Wahrnehmung staatlicher Aufgaben im Bereich der funktionalen Selbstverwaltung	369

b) Das Gebot der „Staatsferne“ als Modus der Aufgabenwahrnehmung	372
3. Opposition zwischen der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und der Ausübung grundrechtlicher Freiheit	374
a) Grundrechtsausübung als Rechtsverhältnis bei der Aufgabenwahrnehmung	375
b) Konfusion der „Konfusion“	377
4. Die Veranstaltung von Rundfunk als öffentliche und (konkurrierende) Staatsaufgabe	378
a) „Öffentliche“ und „staatliche“ Aufgaben	378
b) Die Bestimmung der Staatsaufgaben als Frage des positiven Rechts	380
c) Konsequenzen der „modernen“ Grundrechtsdogmatik für die Lehre von den Staatsaufgaben	381
d) Die Veranstaltung von Rundfunk als informationelle und kulturelle Daseinsvorsorge	383
e) Ergebnis: Aufgabenverteilung in der verfassungsrechtlichen Medienordnung	386
IV. Verfassungstheoretische Perspektive: Die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft	388
1. Die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft als funktionale Differenzierung	389
2. Validität der Unterscheidung im demokratischen Leistungs- und Sozialstaat der Gegenwart	390
3. Die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft als „Bedingung individueller Freiheit“	392
4. Die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft als Voraussetzung der Lehre von den Staatsaufgaben	394
V. Fazit: Rundfunkveranstaltung als staatliche Aufgabe der Rundfunkanstalten	395

B. Anspruchsverpflichtung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten nach Informationsfreiheitsrecht	396
I. Bundesrundfunkanstalt DW und (Ein-)Landesrundfunkanstalten	397
1. Anspruchsverpflichtung von DW, HR, RB, SR und WDR nach Informationsfreiheitsrecht	398
2. Voraussetzungsvoller Auskunftsanspruch gegen den BR gem. Art. 39 Abs. 1 S. 1 BayDSG	399
3. Unzulässigkeit anstaltseigener „Informationsfreiheitssatzungen“	400
II. Mehr-Länder-Rundfunkanstalten	402
1. Voraussetzung: Staatsvertragliche Geltungsanordnung	403
2. Befund: Weitgehende gesetzgeberische Untätigkeit	408
3. Sonderfall NDR: Staatsvertragliche Vollregelung des Informationszugangs gem. § 47 NDR-StV	409
III. Beitragsservice und sonstige Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben ohne eigene Rechtspersönlichkeit	411
IV. Beteiligungsunternehmen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	413
1. Verfahrensrecht: Formeller Anspruchsgegner	414
2. Materieller Tatbestand: Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung	416
3. Konsequenz: Informationspflicht als Frage des konkreten Einzelfalls	419
V. Fazit: Informationsfreiheitsrecht als Gegenstand der Rechtspolitik	421
C. Verhältnis des Informationszugangs nach Informationsfreiheitsrecht zu anderen Rechtsvorschriften	422
I. Normenkonkurrenz zwischen informationsfreiheitsrechtlichem Mindeststandard und gesetzlich angeordneter Subsidiarität	423
1. Allgemeines Informationsfreiheitsrecht als Mindeststandard	423
2. Subsidiarität des allgemeinen Informationsfreiheitsrechts	424

II. Verhältnis zu der objektiv-rechtlichen Transparenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	426
III. Verhältnis zu Informationszugangsrechten des Fachrechts	428
1. Medienrechtlicher Auskunftsanspruch	429
a) Anspruchsverpflichtung der Rundfunkanstalten nach Medienrecht	429
b) Konkurrenzverhältnis zwischen Medienrecht und Informationsfreiheitsrecht	431
c) Idealkonkurrenz zwischen Medienrecht und Informationsfreiheitsrecht	432
2. Rundfunkrechtliche Beweissicherungsrechte	433
3. Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch gem. Art. 15 Abs. 1 DS-GVO	435
4. Informationszugangsansprüche im Vergaberecht	436
IV. Fazit: Informationsfreiheitsrecht als faktischer Mindeststandard	437
D. Informationsrestriktionen	438
I. Schutz der Rundfunkfreiheit bzw. „journalistisch-redaktioneller Informationen“	439
1. Einheitlicher (Mindest-)Standard	439
a) Gesetzliche Informationsrestriktionen zugunsten „journalistisch-redaktioneller“ Informationen	439
b) Verfassungsrechtliche Determinierung	441
2. Schutz „journalistisch-redaktioneller Informationen“ als Ausprägung der verfassungsrechtlichen Vertraulichkeitsgewähr redaktioneller Programmgestaltung	442
a) Rekapitulation: Informantenschutz und Redaktionsgeheimnis	443
b) Schutz „journalistisch-redaktioneller Informationen“ als Abgrenzungsfrage	444
c) Ergebnis: Keine Umdeutung einer Teilausnahme in eine Bereichsausnahme	446
3. Darlegungslast der Rundfunkanstalten	447
II. Schutz personenbezogener Daten	447
III. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	448

E. Bewertung	450
Gesamtbilanz	453
A. Ausgangspunkt: Prozeduraler Transparenz-Begriff	453
B. Verfassungsrecht: Zwischen Transparenzgebot und Vertraulichkeitsgewähr	454
C. Rundfunkrecht: Transparenz durch Prozeduralisierung	456
D. Informationsfreiheitsrecht: Rundfunkanstalten als Behörden	457
E. Zusammenschau: Wechselverhältnis zwischen objektiv-rechtlicher Transparenz und subjektiv-rechtlicher Transparenzverpflichtung der Rundfunkanstalten	459
F. Ausblick	460
I. Öffentlichkeitsarbeit als Aspekt der Transparenz	460
II. Verantwortung von Parlamenten und Landesregierungen	462
Literaturverzeichnis	465

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. F.	alter Fassung
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages
ABl EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über der Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht (hervorgegangen aus dem „Archiv für Presserecht“)
AIG	Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchG	Archivgesetz
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
BArchG	Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes
Bay	Bayern/Bayerisch(-e/-er/-es)
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BBC	British Broadcasting Corporation
Bbg	Brandenburg/Brandenburgisch(-e/-er/-es)
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar

Abkürzungsverzeichnis

BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BerlBG	Berliner Betriebe-Gesetz
BfDI	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundshaushaltsordnung
BKartA	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
Bln	Berlin/Berliner
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst
BR	Bayerischer Rundfunk
Brem	Freie Hansestadt Bremen/Bremisch(-e/-er/-es)
BremDSGVOAG	Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
BR-G	Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“
BRHG	Gesetz über den Bundesrechnungshof
BR-Satzung	Satzung des Bayerischen Rundfunks
BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfG-K	Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
ders.	derselbe

dies.	dieselbe
DLR	Deutschlandradio
DLR-Satzung	Satzung der Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“
DLR-StV	Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DSG	Datenschutzgesetz
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DW	Deutsche Welle
DW-G	Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“
DW-Satzung	Satzung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts Deutsche Welle
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EigVO	Eigenbetriebsverordnung
Einl	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
endg.	endgültig
EntgTranspG	Entgelttransparenzgesetz
Entsch.	Entscheidung
epd	Evangelischer Pressedienst
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgende

Abkürzungsverzeichnis

FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
GemO	Gemeindeordnung
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO BR-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks
GO BR-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunks
GO DLR-Hörfunkrat	Geschäftsordnung des Hörfunkrats der gemeinnützigen Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“
GO DLR-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats der gemeinnützigen Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“
GO DW-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats der Deutschen Welle
GO DW-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats der Deutschen Welle
GO NDR-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats des Norddeutschen Rundfunks
GO NDR-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats des Norddeutschen Rundfunks
GO SR-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats des Saarländischen Rundfunks
GO RBB-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats des Rundfunk Berlin-Brandenburg
GO RB-Rundfunkrat	Geschäftsordnung für den Rundfunkrat von Radio Bremen
GO RB-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats von Radio Bremen
GO WDR-Rundfunkrat	Geschäftsordnung des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks Köln
GO ZDF-Fernsehrat	Geschäftsordnung des Fernsehrats der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“

GO ZDF-Verwaltungsrat	Geschäftsordnung des Verwaltungsrats der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwäschegesetz
Hess	Hessen/Hessisch(-e/-er/-es)
HessDSIG	Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz
HessVGh	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGB	Handelsgesetzbuch
Hmb	Freie und Hansestadt Hamburg/Hamburgisch(-e/-er/-es)
HmbBfDI	Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
HR	Hessischer Rundfunk
HR-G	Gesetz über den Hessischen Rundfunk
HR-Satzung	Satzung des Hessischen Rundfunks über die betriebliche Ordnung
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i. d. F.	in der Fassung
i. e.	id est
i. V. m.	in Verbindung mit
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IZG	Informationszugangsgesetz
JB InfoR	Jahrbuch Informationsfreiheit und Informationsrecht
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation & Recht
Kap.	Kapitel
KEF	Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten
KommJur	Kommunaljurist
LArchG	Landesarchivgesetz

Abkürzungsverzeichnis

LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetz- buch
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LMedienG	Landesmediengesetz
LobbyRG	Lobbyregistergesetz
LPG	Landespressegesetz
LSA	Sachsen-Anhalt
LT	Landtag
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
LTranspG	Landestransparenzgesetz
LV	Landesverfassung
m. umf. Nachw.	mit umfangreichen Nachweisen
m. w. Bsp.	mit weiteren Beispielen
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
m.	mit
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MDR-Satzung	Satzung des Mitteldeutschen Rundfunks
MDR-StV	Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk
Mio.	Million(en)
MMR	Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung
MStV	Medienstaatsvertrag
MüKo	Münchener Kommentar
MV	Mecklenburg-Vorpommern
n. F.	neuer Fassung
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NDR-Satzung	Satzung des Norddeutschen Rundfunks
NDR-StV	Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk
Nds	Niedersachsen/Niedersächsisch(-e/-er/-es)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern

NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ Rechtsprechungs-Report
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖstVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
PVT	Public Value Test
RÄndStV	Rundfunkänderungsstaatsvertrag
RB	Radio Bremen
RBB	Rundfunk Berlin-Brandenburg
RBB-FinO	Finanzordnung für den Rundfunk Berlin-Brandenburg
RBB-Satzung	Satzung des Rundfunk Berlin-Brandenburg
RBB-StV	Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg
RB-G	Radio-Bremen-Gesetz
RB-Satzung	Satzung von Radio Bremen
RBStV	Rundfunkbeitragsstaatsvertrag
RFinStV	Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
RuF	Rundfunk und Fernsehen
S.	Seite

Abkürzungsverzeichnis

Sächs	Sächsisch(-e/-er/-es)
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter
SGB III	Drittes Buch des Sozialgesetzbuchs
SGB IV	Viertes Buch des Sozialgesetzbuchs
SGB V	Fünftes Buch des Sozialgesetzbuchs
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SMG	Saarländisches Mediengesetz
SparkG	Sparkassengesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Saarländischer Rundfunk
SR-Datenschutz- Satzung	Satzung über den Datenschutz beim Saarländischen Rundfunk
SRF	Schweizer Radio und Fernsehen
SR-Satzung	Satzung des Saarländischen Rundfunks
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StPO	Strafprozessordnung
SWR	Südwestrundfunk
SWR-Satzung	Hauptsatzung des Südwestrundfunks
SWR-StV	Staatsvertrag über den Südwestrundfunk
Tab.	Tabelle
Thür	Thüringisch(-e/-er/-es)
ThürVerfGH	Thüringer Verfassungsgerichtshof
TOP	Tagesordnungspunkt
TranspG	Transparenzgesetz
TranspRLG	Transparenzrichtlinie-Gesetz
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem
Umdr.	Umdruck
v.	vom/von
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
Verf.	Verfasser

VergabeR	Zeitschrift für Vergaberecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VIG	Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation
VK	Vergabekammer
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A
Vorb	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VRL	Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WDR-FinO	Satzung über das Finanzwesen des Westdeutschen Rundfunks Köln
WDR-G	Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“
WDR-Satzung	Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WTO	Welthandelsorganisation
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZDF-FinO	Finanzordnung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“
ZDF-Satzung	Satzung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“
ZDF-StV	ZDF-Staatsvertrag
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGI	Zeitschrift für das gesamte Informationsrecht
Ziff.	Ziffer

Abkürzungsverzeichnis

ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	ZUM-Rechtsprechungsdienst